

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Schlußnummer am Montag. Der Preis beträgt bei fortw. Zustellung ins Haus für Ost- u. Westpreußen 2,40 M., bei Postumsendung 2,60 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Weimarer Zeit (1919) eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsdruck: Amt Norden 2895 und 2896.

Interesse haben die sozialpolit. Kreise sowie die Arbeiterbewegung. Das Preisgebot beträgt 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leserschriften 50 Pf. Bei Familien- und Vereinstellungen beträgt der Zuschlag je nach Anzahl der Familienmitglieder. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Weimarer Zeit (1919) eingetragen. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsdruck: Amt Norden 2895.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 10. Februar 1919

Nummer 73

Die Internationale und die Kriegsgefangenen

Wer sorgt für unsere Kriegsgefangenen?

Es ist das Bestreben der Alldeutschen, die ungeheure Schutt, die sie als Urheber des Krieges auf sich geladen haben, los zu werden. Sie versuchen alles, um sich jetzt der Öffentlichkeit als die wahren Freunde des Volkes hinzustellen. So haben sie, die sie alles getan haben, um das Ende des Krieges zu verhindern, und dadurch die Schuld daran tragen, daß so viele unserer Soldaten in Gefangenschaft schmachten, jetzt einen „Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ gegründet. Er entfaltet gegenwärtig eine große Agitation zur Herausgabe der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Diese Aktion, der im Ausland mit allen Kräften gehobten Alldeutschen kann der Sache unserer Kriegsgefangenen nur schaden, nicht aber nützen. Die Alldeutschen, die sich während des Krieges die ungeheuerlichsten Schandthaten gegen die feindlichen Kriegsgefangenen haben zuschulden kommen lassen, die es billigen, daß die belgischen und nordfranzösischen Zivilisten aus ihrer Heimat abtransportiert und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden, die das Verlangen der russischen Kriegsgefangenen verachten, nach dem Abschluß des Friedens von Bruch-Browl in ihre Heimat befördert zu werden, können nicht mit Erfolg an die Menschlichkeit appellieren. Das Ausland macht sie für alles verantwortlich, was die deutsche Kriegführung an Verbrechen und Schandthaten auf sich geladen hat. Das Ausland hat noch nicht vergessen, daß von den Leuten, die jetzt im Namen der Menschlichkeit zu sprechen vorgehen, alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen getreten wurden.

Die ganze Aktion hat aber auch nur den Zweck, neues Wasser auf die alldeutschen Mühlen zu treiben. Sie wollen sich der Öffentlichkeit als die Freunde unserer Kriegsgefangenen vorstellen. Aber die gestrige Rundgebung zeigte, daß sie noch immer im ärgsten Nationalismus befangen sind. Als Genosse Vogt-Heer im Namen der Unabhängigen Sozialdemokratie darauf hinwies, daß die Alldeutschen das bedauerndste Schicksal unserer Kriegsgefangenen verschuldet haben, wurde er brutal niedergeschrien.

Die Freisetzung unserer Kriegsgefangenen wird nicht von den Alldeutschen erreicht werden können. Diese Forderung kann nur von denen mit Erfolg erhoben werden, die auch während des Krieges Menschlichkeit für die Gegner gefordert haben. Deshalb hat auch Genosse Eisner auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Wien mit aller Wärme und unter Zustimmung auch der französischen Sozialisten gefordert, daß die deutschen Kriegsgefangenen bald in ihre Heimat entlassen werden.

Die begeisterte Aufnahme des Kongresses für Eisner zeigt, daß aus dieser Aktion mehr Nutzen für die Kriegsgefangenen entspringt, als aus dem alldeutschen Geschrei.

Der Kuhhandel.

Zu Weimar wird weiter geredet. Es ist eigentlich merkwürdig, daß so berühmte Kuhhändler, die in der Nationalversammlung nur tun, was sie im alten Reichstag so lange geübt, nicht rascher zum Ziel kommen.

Aber diesmal geht es ja um ganz große Dinge: sollen wirklich die Mehrheitssozialisten alle drei Präsidenten a) des Reiches, b) des Ministeriums, c) der Nationalversammlung stellen oder sollen Demokraten oder Zentrum nicht wenigstens b oder c erhalten, wenn die Rechtssozialisten a kriegen? Und da nach den Gesetzen der Kombinationsrechnung noch verschiedene andere Möglichkeiten vorhanden sind, ist die Lösung in der Tat schwierig. Bieleicht läßt man sich von einem Mathematiker alle Kombinationen aufschreiben und knobelt dann eine aus.

Weniger hört man von den sachlichen Verhandlungen, von dem künftigen Regierungsprogramm. Daß die Reden der Ebert und Dautz, aus denen alles und nichts herausgelesen werden kann, kein Regierungsprogramm darstellen, ist klar. Das Zentrum aber will doch einige Sicherheit haben, wenn es mittun soll. Es verfährt dabei ziemlich energisch. Die „Germania“ schreibt:

Das Zentrum wird die Forderung erheben müssen, daß keiner der unumstößlichen Grundsätze seines Programms durch das offizielle Regierungsprogramm verletzt wird; es wird aber weiter auch die Forderung erheben, daß es entsprechend seiner Stärke und seines Vermögens an der Regierung Anteil erhält. Darum wird es sich nicht damit begnügen können, daß ihm in der Regierung das eine

oder andere Fachministerium eingeräumt wird, und es wird auch seine Zustimmung nicht dazu geben können, daß die Zusammenziehung der Regierung eine sozialistische Mehrheit ergibt, die in der Nationalversammlung selbst nicht vorhanden ist. Es wird nimmer zugeben können, daß eine Regierung, an der es teil hat, kulturpolitische Ziele verfolgt, die seinem ganzen Wesen, seiner Geschichte und seinen Idealen widersprechen; es wird eine vernünftige Wirtschaftspolitik und ein in seiner Stärke durch die Verhältnisse bestimmtes Volksgesetz verlangen müssen.

Kurz, das Zentrum wird dafür sorgen, daß auf dem Gebiet der Kulturpolitik, der Wirtschaft und, soweit es geht, des Militarismus alles beim alten bleibt. Deshalb geht es in die Regierung und hilft die „breite Basis“ schaffen, die die rechtssozialistische Führung braucht, um auch dann in der Regierung bleiben zu können, wenn weitere Arbeiterwünsche gegen diese Führung rebellieren. Und da das Zentrum an seinen Prinzipien der liberalen Reaktion denn doch ganz anders festhalten weiß, als die demokratischen und rechtssozialistischen Führer an der ihrigen, so kann man sich vorstellen, wie die neue Regierung beschaffen sein wird.

Der „Lokalanzeiger“ trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er meint: Wenn dieses Ministerium zustande kommt, „so dürfte sich mancher der Leser fragen, ob dieses Ergebnis nicht auch ohne die Revolution schon vom Prinzen Max hätte erreicht werden können“.

Schandurteile gegen die Polen.

Wie ein Eigenbericht des „Vorwärts“ meldet, sind in Bromberg wegen „Hochverrats“ und „Widerstands gegen bewaffnete Macht“ 11 gefangene Polen vom Kriegsgericht des Belagerungszustandes zu schweren Strafen verurteilt worden. Fünf wurden zu 15 Jahren Zuchthaus, zwei zu 12 Jahren, einer zu 10 Jahren Zuchthaus und 3 zu je 12 Jahren Festung verurteilt.

Es ist eine Schande, daß eine sozialistische Regierung glaubt, eine nationale Revolution mit Zuchthausstrafen unterdrücken zu können. Die Anwendung des alten Wilhelmianischen Strafgesetzbuches gegen die Polen kann nicht scharf genug verurteilt werden. Wir fordern deshalb, daß die Regierung solchen brutalen Gewalturteilen, die nur dazu dienen können, die Leidenschaft der Polen weiter aufzuheizen und die Lage im Osten erneut zu verschärfen, mit allen Mitteln verhindert. Wie die letzten Wochen gezeigt haben, führen solche Gewaltakte gegen die Polen nur zu Vergeltungsmahnahmen, durch die Unschuldige schwer geschädigt werden.

Der Beamten-Bund droht.

Wie Wolff meldet, hat der Deutsche Beamtenbund folgendes Telegramm an die Nationalversammlung in Weimar gerichtet:

„Tagespresse zufolge werden dauernd von bewaffneten Soldaten und Arbeitern, die sich zu Unrecht Befugnisse der zuständigen Behörden anmaßen, Beamte der Freiheit beraubt, mißhandelt und getötet und unerhörtem Terror unterstellt. Gleiche Vorgänge wie in Hamburg auch im Westen und Osten unseres Vaterlandes. Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unter allen Umständen schwer gefährdet. Wenn persönliche Freiheit, Gesundheit und Leben der Beamten weiter angetastet werden, sind Beamte gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu wahren, die für gesamtes Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen zeitigen könnten. Deutscher Beamtenbund als Gesamtheit der deutschen Beamenschaft mit rund zwei Millionen Mitgliedern erbittet dringend unerbittliche Abhilfe zur Sicherung der unbedingt notwendigen ungehinderten Weiterarbeit der Beamten.“

Diese Darstellung stellt die Tatsachen völlig auf den Kopf. Es ist nicht wahr, daß irgendwo die Beamten, die unter den neuen Verhältnissen zur Arbeit bereit waren, daran gehindert worden wären. Am Gegenteil! In vielen Fällen haben die Beamten durch passiven und aktiven Widerstand den Organen der Revolution ihre Arbeit unerhört erdwert. Und jetzt versuchen die reaktionären höheren Beamten die gesamte Beamenschaft zu Streiks aus politischen Gründen aufzureden.

Neues Recht für die Gemeinden!

Am 23. Februar werden in Berlin und in zahlreichen anderen preussischen Gemeinden zum ersten Male Vertretungen der Einwohnerschaft nach einem Wahlrecht gewählt werden, das nicht mehr eine Privilegierung einzelner Klassen und Kreise bedeutet. Auch die Frauen haben das Stimmrecht erhalten, jeder, der das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat, wird wählen dürfen. Die skandalöse Bestimmung, daß die Hälfte der Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen muß, gilt nicht mehr. Und was das Wichtigste ist: die Wahl wird geheim sein, keiner wird kontrollieren können, wem jemand seine Stimme gibt.

Das bedeutet eine große Errungenschaft der Revolution. Es wird ein ganz neues Leben in die gemeindliche Verwaltung hineinbringen. Es eröffnet Ausblicke auf eine noch vor wenigen Monaten fast unerreichbar scheinende Umgestaltung der Gemeindegewalt, die endlich wirklich den Interessen des arbeitenden Volkes gerecht wird.

Das neue Wahlrecht allein genügt aber noch nicht, um den „freien Raum“ im gemeindlichen Leben voll zur Geltung zu bringen. Es müssen noch weitere Änderungen der Gemeindeverwaltung hinzutreten.

Die Änderung der Gemeinde- und Städteordnungen — es gibt ihrer selbst innerhalb Preußens eine ganze Reihe nebeneinander, wozu denn noch zahlreiche andere Gesetze kommen, die mannigfache Verpflichtungen und Bindungen der Kommunen enthalten — ist nicht Sache der einzelnen Stadt- und Gemeindeverwaltungen, sondern Sache des Staates. Aber das bedeutet nicht, daß die Gemeinden machtlos dastünden. Sie haben die Möglichkeit, die sie angehenden Bestimmungen zu erörtern und wegen ihrer Abänderung in diesem oder jenem Sinne vorstellig zu werden; in vielen Fällen lassen ihnen die bestehenden Gesetze auch einen gewissen Spielraum, und sie haben das Recht, Einzelheiten selbständig zu ordnen.

Hier ergibt sich für die jetzt zu wählenden Stadtverordneten ein Feld reich und dringender Betätigung. Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihnen so rasch wie möglich wirkliche Freiheit gewährt wird, zum Wohl der Stadt und nach dem Willen der Gemeinde zu wirken.

Das heißt vor allen Dingen: Beilegung des staatlichen Bevormundungsrechtes. Die Tätigkeit der Gemeindeverwaltungen muß endlich wirklich Selbstverwaltung bedeuten. Den staatlichen Behörden muß ein gewisses Aufsichtsrecht darüber bleiben, daß die Gemeindefürsorge sich im Rahmen der allgemeinen Gesetze vollzieht; auch dieses Recht mit der Einschränkung, daß die Gemeindeverwaltung, die sich zu unrecht behindert erlaubt, die Möglichkeit behält, an einen unparteiischen Schiedsgerichtshof zu appellieren. Das alte Einspruchsrecht hat zu fallen. Die Gemeinden müssen volle Freiheit haben, ihre eigenen Angelegenheiten nach Gutdünken zu erledigen, sich Vollzugsorgane zu wählen, wie sie sie für auf halten; jedes Genehmigungs- und Bestätigungsrecht der staatlichen Organe ist da vom Uebel.

Am alten Staat war es das Bestreben der Machthaber, die gemeindliche Selbstverwaltung immer mehr zu knebeln. Ueberall glaubten die Herren von der Regierung ihre Nase hineinstecken zu müssen. Da wurde Sozialdemokraten, die in ein Ehrenamt gewählt wurden, die Bestätigung verweigert, da stockte oft jeder wirtschaftliche Ausschuss, weil die Organe der staatlichen Bürokratie den Ausschuss der Städte mit scheelen Augen anstarrten und alles durchkreuzten, was ihnen fördern konnte. Dem muß ein für allemal ein Ritzel vorgehoben werden. Keiner soll dreinzureden haben, wenn eine nach den Grundätzen der Demokratie gewählte Stadtverordnetenversammlung entscheidende Beschlüsse im Rahmen der Gesetze faßt.

Die Stadtverordnetenkollegien sollen stets den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wahren. Dazu genügt ein gerechtes, demokratisches Wahlrecht allein noch nicht. Es muß auch Vorkorge getroffen werden, daß ein Ausschuss in der Stimmung der Bevölkerung immer möglichst rasch in der Vertretung der Gemeinde zum Ausdruck kommt. Das bedeutet: möglichst kurze Wahlperioden. Bis hierher ist von der Regierung nicht bestimmt, für welche Zeit die jetzt

Forderungen der Leitergerüstbauer.

Der Transportarbeiter-Berband hatte am Sonntag vormittag eine Versammlung der Leitergerüstbauer, Arbeiter und Blaser...

Zur Abklärung des Kessner Tarifs wird uns von besonderer Stelle noch geschrieben: Die Berliner Kaffeehausbesitzer begehren die vollständige Kündigung des Tarifs...

Die Angestellten des Deutschen Druck- und Verlagshauses W. m. b. H. Berlin SW 67 Lindenstraße 23, welches eine Reihe von Familienzeitschriften...

Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungs-gewerbes. Allgemeine Vereinigung Deutscher Buchhandlungs-Gehilfen.)

Groß-Berlin.

Wie geworden wird.

Jede Gefahlosigkeit ist erlaubt, um den angeblich zur Aufrechterhaltung der Gesetzmäßigkeit gedungenen Regierungstruppen Mannschaften zuzuführen...

Ein anderes Bild. Die Gegenrevolution, die in der Zusammenziehung harter Truppenteile, in denen der alte Geist von Potsdam auf neuem Boden erblüht...

Wir geben das Schreiben hier wieder.

Sekretariat I. Z. Nr. 8. 78.

Direktionsrundschreiben.

Bezt. Freiwillige Meldung zu militärischen Landes-Schutz-Formationen. Angestellte, die sich freiwillig einer militärischen Landes-Schutz-Formation zur Verfügung zu stellen beabsichtigen...

Berlin, den 1. Februar 1919.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. Die Direktion.

In diesem Falle ist die Direktion sehr entgegenkommend. Sie hat ihre guten Gründe.

Vandalismus.

Neben den Kessner'schen Hässlichkeiten, den Belagardisten, wollen, wie zu erwarten, die von dem Minister für Polizeispitzelei Ernst wieder bewaffneten Schutz-Mannschaften nicht zurückstehen...

In der Nacht vom 28. zum 29. Januar kam die Frau des Arbeiters Behrend von einem Besuch bei ihren Schwiegereltern nach ihrer Wohnung Pankstr. 88 zurück...

Die Frau war kaum eine halbe Stunde zu Hause, als der Schuhmann — gegen 3 Uhr nachts also — erneut erschien...

Er heißt Wulff, trägt die Nummer 300 und ist von der Wache Uferstraße. Nach Ansicht der Frau war er betrunken. Er nahm eine Taschenlampe mit...

Natürlich gab sich die Frau mit den höhnischen Worten des Wulff nicht zufrieden. Sie ging nach der Polizeiwache, um dort ihre Beschwerde zu Protokoll zu geben...

Wie haben wir es doch so herrlich weit gebracht! Dieser Vorgang beleuchtet die heutigen Sicherheitszustände in Berlin blühend. Das ist der Schuh, den die Bevölkerung durch die Sicherheitsmannschaften genießt...

Schnapsbreen.

In der Mittwochnacht zwischen 12 und 1 Uhr fuhr ein Auto mit vier Personen vor dem Charlottenburger Polizeipräsidium vor, dem ein Offizier entstieg...

Kognakbedufte Männer ohne Verantwortungsgefühl machen, um die heißen Köpfe zu kühlen, Spazierfahrten im Auto und benutzlichen nebenbei durch — bewußt oder unbewußt — falsche Nachrichten die Einwohner und die zur Sicherheit bestellten Truppen...

Ein Skandal.

Dah die Schlächtermeister oftmals über recht robuste Noturen verfügen, ist bekannt; daß aber ein Schlächtermeister den Organisationsvertreter mit einem eisernen Gegenstand auf den Kopf schlägt, weil dieser die Gesellen zu sprechen wünschte...

Die Mahnung, Müll zu sparen, wird gerade von denen nicht beachtet, die diese Mahnung an andere richten. Das kann man allerdings in dem Bezirk Rentempelhof beobachten...

Die Wandervorkellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Jerusalemstraße 17, ist nur noch bis Mittwoch abend geöffnet. Die zahlreichen naturgetreuen Modelle...

Postverbindung mit Sibirien. Die Reichszentrostelle für Kriegs- und Zivilgefangene gibt bekannt, daß die seit längerer Zeit unterbrochene Postverbindung mit den deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien durch die Bemühungen des amerikanischen Roten Kreuzes...

Aus den Organisationen.

3. Kreis. Der Jahlabend am Mittwoch findet in folgenden Lokalen statt: 1. Abt. Märkischer Hof, Admiralsstr. 18c; 2. Abt. bei G. H. R. Waldemarstr. 22; 3. Abt. bei Rolke, Hofmannstr. 37; 4. Abt. bei Köhler, Brandenburgstr. 22; 5. Abt. bei Pröbke, Bringenstraße 23; 6. Abt. bei Wegener, Seidelstr. 30; 7. Abt. bei Wiedler, Ludaustr. 6; 8. Abt. Gewerkschaftshaus, Post- und Genosse Dr. Rabat; 9. Abt. bei Hofara, Weichselstr. 15; 10. Abt. bei Sandke, Salfeldstr. 20.

Richterfeld. Am Mittwoch, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Wegner, Hindenburgdamm 104, unsere Mitglieder-Versammlung statt...

Hohen-Neuendorf. Am Mittwoch, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Jälich (Kongresshaus, früher Pöge) unser Jahlabend statt...

Versammlungen.

Tempelhof. Am Freitag, den 7. Februar, sprach in einer überfüllten öffentlichen Versammlung Genosse Baumg. Volksgenrat über 'Die politische Lage' und Genosse Mag Schmidt über 'Die bevorstehenden Wahlen zur Gemeindevertretung'...

Die Ausführungen des Genossen Schmidt betr. Kommunalpolitik fanden allezeitige Zustimmung. Zahlreiche Resonanzen für den Wahlverein und auch Abonnementen auf 'Die Freiheit' wurden vollzogen. Die Kandidaten für die Gemeindevertretung, welche in der letzten Mitgliederversammlung per Stimmgelb gewählt waren...

Die Kartell der freien Gewerkschaften Düsseldorf sucht zum 1. April 1919 einen Gewerkschaftssekretär. Reflektiert wird auf eine Kraft, welche organisatorisch und agitatorisch tüchtig ist...

Zeitungsfrauen

Wer noch in nachstehenden Expeditionen eingestell. Berlin: Otto Lehmann, Holzstraße 10. Walter Hant, Kasse Straße 10. ...

Friedenau:

W. m. b. H. ...

H. S. W. Neufölln.

Blindung, den 11. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in der Wallstraße 130, 131.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden. Jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausslässe...

Achtung! A. P. D. Achtung!

Am Dienstag, den 11. Februar, findet in der Aula Mittewaldner Str. 31 abds. 7 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung der Kommunistischen Partei statt.

Politischer Redakteur

für ein Parteiblatt der U. S. P. D. in Thüringen, sowie ein Redakteur für den lokalen Teil und Berichterstattung zum sofortigen Antritt gesucht.

Gewerkschaftssekretär

Reflektiert wird auf eine Kraft, welche organisatorisch und agitatorisch tüchtig ist und auch ausfließen im Arbeiterssekretariat Auskunft zu teilen kann.

Spedition Maack

von Kamerunerstr. 52 nach Kamerunerstr. 5 verzoogen.

Oberschönhausen.

Abonnements auf die 'Freiheit' nimmt Raddo, Berliner Straße 93, an.